Eidgenössische Wahlen 2015

Befragung der Kandidierenden zum Thema Gleichberechtigung von Frau und Mann

Publikation auf www.gleichberechtigung.ch

Nationalratswahlen vom 18.10.2015

Kanton: ZH

Liste: 22
Alternative Linke, Partei der Arbeit + Kommunistische Jugend

René Lechleiter

Welcher Stellenwert hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Ihrer politischen Arbeit?

Ich messe der Gleichberechtigung von Frau und Mann einen hohen Stellenwert bei.
Ich betrachte die zahlreichen Erschwernisse, Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frau einer zivilen Gesellschaft als unwürdig.
Ich setze mich ein für ein Politikverständnis, welches die Genderfrage bewusst und im Sinne der Erreichung einer echten Gleichberechtigung mit einbezieht:
Insbesondere:
* Gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
* Massnahmen und Förderung zum Erreichen eines höheren Frauenanteils in Parlamenten, Wirtschaft, Chefetage, Service Public etc.
* Befreiung der Frau von der rund-um-die-Uhr Haushalt- und Betreuungsarbeit;
* Mehr betreute Kinderkrippenplätze zu niedrigen, sozial verträglichen Preisen;
* Tagesschulen schweizweit;
* Ausbau der AHV zu einer wahrhaftigen Volkspension für Alle!
* Einheitskrankenkasse (à la SUVA) mit einheitlichen Prämien für Mann und Frau.
* Friedensförderung, Friedensinitiativen, eine Politik der Konfliktbereinigung zum Schutz der Zivilbevölkerung, v.a. Frauen u. Kinder.

Was sind allgemein die Schwerpunkte Ihrer Politik?

Als Architekt: Stop dem Spekulantentum mit Grund & Boden (grundsätzliche Revision des Bodenrechts und des Mietrechts);
Umsetzung der 2.-Wohungsinitiative im Sinne vom Komitee Franz Weber, keine faulen Kompromisse zugunsten der Baulobby!
Raumplanung auf Basis eines neuen Bodenrechts;
Stadtentwicklungskonzepte zugunsten der dort lebenden Bevölkerung und nicht der Grossinvestoren und Profitmaximierer.
Verstärkter Sozialer Wohnungsbau (Förderung des kommunalen- und genossenschaftlichen Wohnungsbaus).
Einhaltung der Alpenschutzinitiative; keine 2. Gotthard-Autoröhre, Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene.
Atomausstieg konsequent vorantreiben, Alternativenergien fördern, Verstaatlichung des Strommarktes.
Keine Unternehmenssteuer-Geschenke mehr (keine III Revision);
Keine weiteren Privatisierungsschritte gegen den Service Public, insbesondere bei Post und SBB.
Kapitalgewinnsteuer einführen, Schluss mit den Pauschalversteuerungsabkommen zugunsten Millionären (Frauen sind nicht darunter).
Senkung der Militärausgaben (Plafonierung bei max. 4 Millionen),
Echtes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der öffentlichen Hand und des Personals in allen Grossbetrieben.
Stop TISA!!!

Allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der heute nur für Männer geltenden Militärdienstpflicht/Zivildienstpflicht und Zivilschutzdienstpflicht

Sind Sie der Auffassung, dass für Frauen und Männer grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten gelten sollen?

- ☐ Ja, auf jeden Fall, ich werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- ☐ Ja, ich persönlich setzte mich zwar nicht aktiv dafür ein, entsprechende Vorstösse würde ich aber gerne unterstützen.
- ☐ Nein, die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht soll weiterhin nur für Männer gelten.
- ☑ Nein, ich werde mich einsetzen dass den Frauen nicht neue "Männer"-Pflichten auferlegt werden.

Anstelle der heute einseitig für Männer geltenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht könnte eine allgemeine Dienstpflicht für alle eingeführt werden, welche wahlweise als Militär-, Zivilschutz-, Umwelt- oder Sozialdienst geleistet werden kann. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- ☐ Nein, ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht sollte aber auch für Frauen gelten.
- ☑ Nein, Schutz der Umwelt- und Sozialdienste, auch Zivilschutz (Katastrophenschutz) sollen kein Wurmfortsatz des Militärs und des Kriegsgedankens sein.

Gleichstellung bezüglich AHV-Rentenalter (derzeit Frauen 64 und Männer 65), Witwen- und Witwerrente

Würden Sie es befürworten, wenn bei der jetzigen AHV-Revision Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt würden sowohl bezüglich AHV-Alter wie auch bezüglich Hinterlassenenrente?

- ☐ Ja, bei der AHV soll die Gleichberechtigung jetzt auf jeden Fall vollständig umgesetzt werden.
- ☐ Ich bin vorerst nur für Gleichberechtigung beim AHV-Rentenalter, die Witwenrente soll gegenüber der Witwerrente noch weitreichender bleiben.
- ☐ Ich bin gegen eine Gleichberechtigung bei der AHV, wenn dazu das Frauenrentenalter erhöht werden soll.
- ☑ Ich bin gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters; das wäre doch keine Gleich-"berechtigung" !

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht mehr zeitgemäss. Es sollte aufgehoben und dadurch Kosten eingespart werden. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, das Büro ist überflüssig. Zudem werden Anliegen von Frauen und von Männern dort nicht gleichermassen berücksichtigt.
- ☑ Nein, das Büro erfüllt wichtige Aufgaben.
- ☐

Halten Sie Quotenregelungen zur Verwirklichung der "tatsächlichen Gleichstellung" von Frau und Mann für sinnvoll?

- ☑ Ja, die Festlegung von Frauenquoten kann legitim sein.
- ☐ Nein, Frauenquoten stehen im Widerspruch zur Chancengleichheit.
- ☐

Elternschaftsurlaub anstelle von Mutterschaftsurlaub

Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub könnte durch einen 14-wöchigen Elternschaftsurlaub ersetzt werden. Davon sollten die ersten 9 Wochen auf jeden Fall von der Mutter bezogen werden. Die restlichen 5 Wochen könnten auf Wunsch des Vaters auch von diesem innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt bezogen werden. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- ☐ Ich bin dafür, dass es zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Vaterschaftsurlaub gibt.
- ☐ Nein, ich sehe keinen Handlungsbedarf, es soll beim 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub bleiben.
- ☑ Ich werde mich für einen effektiven Vaterschaftsurlaub einsetzen, ohne Abstriche beim Mutterschaftsurlaub.

Familien- und Scheidungsrecht

Kinder sollen unabhängig vom Zivilstand ihrer Eltern immer denselben Anspruch auf beide Elternteile haben. Beide Elternteile sollen in Bezug auf ihr gemeinsames Kind unabhängig vom Zivilstand immer dieselben Rechte und Pflichten haben, sofern dies das Kindswohl nicht absolut verbietet. Beide Elternteile sollen im Familien- und Scheidungsrecht genau gleich behandelt werden. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren in diesem Sinne einsetzen.
- ☑ Nein, die Mutter-Kind-Beziehung hat Vorrang.
- ☐ _____

Einbezug des werdenden Vaters vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch im Interesse des werdenden Kindes

Ein werdender Vater soll im Interesse des werdenden Kindes vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch nach Möglichkeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Unter plausiblen Voraussetzungen und mit strengen Verpflichtungen zur Übernahme der Sorge soll er eine Art Veto-Recht gegen die Abtreibung erhalten. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- ☑ Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- ☐ Nein, ein Schwangerschaftsabbruch ist alleinige Sache der werdenden Mutter.
- ☐ _____

Katholische Kirche: Frauenpriestertum, Pflichtzölibat

Niemand soll aufgrund des Geschlechtes von einem Beruf oder einer Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfen. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine unzulässige Diskriminierung und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- [ ] Nein, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- [ ] _____

Niemand soll im Beruf oder bei der Tätigkeit zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit verpflichtet werden dürfen, auch nicht unter Androhung von Nachteilen. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, der Pflichtzölibat ist eine unzulässige Verletzung der Grundrechte und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- [ ] Nein, der Pflichtzölibat ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- [ ] _____

Verfassungsgerichtsbarkeit

Das Bundesgericht soll die Bundesgesetze auf deren Verfassungsmässigkeit hin überprüfen dürfen, so dass zukünftig auch die Bundesgesetze mit den direkt vom Volk erlassenen Bestimmungen der Bundesverfassung übereinstimmen, beispielsweise auch mit dem Gleichberechtigungsgebot. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- [ ] Nein, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde nur unnötig den Handlungsspielraum der Parlamentsmitglieder einschränken.
- [ ] _____